

Extrem rechten Netzwerken gestärkt begegnen

Engere Zusammenarbeit mitteldeutscher Ausstiegsberatungen

Die Vernetzung der extrem rechten Szene wurde in den vergangenen Wochen nicht nur bei Großveranstaltungen wie im thüringischen Themar oder dem sächsischen Ostritz sichtbar. Auch vor dem Hintergrund des kürzlich ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Lübcke spielt sie eine zentrale Rolle. Aktuell gehen die Ermittler*innen der Frage nach, in welche Netzwerke der Tatverdächtige Stephan E. eingebunden war – auch über Hessen hinaus. Um dieser Vernetzung auch bei einem Ausstieg professionell begegnen zu können, braucht es eine stabile Zusammenarbeit zwischen den zivilgesellschaftlichen und staatlichen Ausstiegsberatungen der betroffenen Bundesländer. Gemeinsam können Ausstiege auch über Ländergrenzen hinweg begleitet und Lösungen für regionale Besonderheiten im Umgang mit der rechten Szene gefunden werden.

Vertreter*innen von Distanzierungs- und Ausstiegsberatungen in den Bundesländern Thüringen, Hessen und Sachsen haben sich bei einem ersten Regionaltreffen auf eine solche, verstärkte Zusammenarbeit verständigt. Dabei waren sowohl zivilgesellschaftliche als auch staatliche Programme vertreten. Bei dem von der Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. initiierten Treffen am 18. Juli 2019 in Jena waren aus Hessen die Pädagogische Fachstelle rote linie vom St. Elisabeth-Verein und das Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfen Rechtsextremismus, IKARus anwesend, sowie der Thüringer Beratungsdienst Ausstieg aus Gewalt und Rechtsextremismus von Drudel 11 e.V. und das Aussteigerprogramm Sachsen. Durch Jan Raabe vom Bielefelder Verein Argumente & Kultur gegen Rechts, einem Kenner der rechten Musikszene und ihrer Vernetzungen, wurde ein erster fachlich-thematischer Schwerpunkt gesetzt.

In einem konstruktiven Austausch wurde anschließend eine Verständigung auf künftige gemeinsame Treffen erzielt, welche sich der regionalen Vernetzung und länderübergreifenden Zusammenarbeit der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeiten widmen werden. Im Vordergrund steht der fachliche Austausch über Methoden in der Ausstiegsarbeit und Möglichkeiten bei länderübergreifender Ausstiegsbegleitung. Zusätzlich werden regional-spezifische Besonderheiten der rechten Szene beleuchtet und gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit geplant.

Die jährlich geplanten Treffen wollen durch wechselnde Veranstaltungsorte auch weitere regionale Akteur*innen einbeziehen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V. (BAG Ausstieg) ist der bundesweite Dachverband zivilgesellschaftlicher Akteure der Ausstiegs- und Distanzierungshilfe aus extrem rechten Zusammenhängen. Sie wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Durch die lokale und regionale Einbindung der Mitglieder in Regelstrukturen, verbessert die Vernetzung und Kooperation zwischen einzelnen Ausstiegsberatungen die individuelle Ausstiegshilfe. Darüber hinaus fördert die BAG Ausstieg das Zusammenwirken von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in der Ausstiegsarbeit. Ziel gelingender Ausstiegsarbeit ist die kritische Reflexion menschenverachtender Ideologien, der Verzicht auf Gewalt und die Hinwendung zu einer Lebensweise, die mit demokratischen Grundwerten vereinbar ist. (LL/TL)

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Bundesarbeitsgemeinschaft
Ausstieg zum Einstieg